

Dokumentation

Mithat Sancar

Parlamentarismus oder Präsidialsystem - Die neue Verfassung als Rückgrat der türkischen Machtpolitik?

Hauptbücherei Wien, 23. Oktober 2012



Fotos © Patrizia Gapp



Michael Fanizadeh: Ich darf sie ganz herzlich zum heutigen Vortrag und der Diskussion mit dem türkischen Wissenschaftler Mithat Sancar mit dem Titel: „Parlamentarismus oder Präsidialsystem - Die neue Verfassung als Rückgrat der türkischen Machtpolitik?“ begrüßen. Moderiert wird die Veranstaltung

vom Wiener Politologen Ilker Ataç. Mithat Sancar, Ilker Ataç herzlich Willkommen und vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Die heutige Diskussion wird in Kooperation mit der Hauptbücherei Wien durchgeführt – besten Dank für die wie immer gute Zusammenarbeit und findet im Rahmen des Festivals Salam Orient statt. Das Kulturfestival wurde erstmals 2002 organisiert und war als direkte Reaktion auf 9/11 entstanden, als Gegengewicht zur neuen Feindbildsuche und Islamophobie nach den Anschlägen in den USA. Das VIDC begleitet das Festival im dialogischen Bereich seit etlichen Jahren und organisiert eigenständig Vorträge und Diskussionen, die von der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, der Austrian Development Agency, finanziert werden. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für diese Unterstützung bedanken.

Wie Sie wissen ist die größte islamische Gruppe in Österreich die Community aus der Türkei, wobei die österreichische Öffentlichkeit gerne vergisst wie vielfältig in politischer, kultureller, religiöser und ethnischer Hinsicht die Türkei ist. Da reproduziert die österreichische Öffentlichkeit oftmals unreflektiert ein homogenes Bild der Türkei, wo z.B. KurdInnen, AlevitInnen oder ArmenierInnen genauso wenig vorkommen wie kritische Intellektuelle. In diesem Sinne haben wir am VIDC eine Serie von Veranstaltungen mit Intellektuellen aus der Türkei gestartet: Begonnen haben wir 2009 mit der Feministin Pinar Selek und im vergangenen Jahr hatten wir den Journalisten Rober Koptaş sowie die WissenschaftlerInnen Şenay Özden und Yüksel Taskın zu Besuch, im heurigen Frühjahr die Journalistin Ece Temelkuran.

Im Zentrum unserer Auseinandersetzungen stehen die Innen- und Außenpolitik der Türkei, insbesondere im Kontext der Minderheiten- und Menschenrechtspolitik sowie die „Null-Problem-Außenpolitik“ der Türkei im Bezug auf die Nachbarländer, insbesondere Syrien. Uns geht es darum, ein differenziertes aber nicht unkritisches Bild der Türkei zu präsentieren. Jenseits von Klischees wie Ehrenmorden, Zwangsehen, Kopftüchern, wie sie gerne in unserem Boulevard und von unseren PolitikerInnen diskutiert werden, aber auch jenseits der unreflektierten Überhöhung von Erdoğan's Türkei als Vorbild für alle „islamische Demokratien“. Immer wieder rückte bei unseren Diskussionen die Frage einer Neufassung der türkischen Verfassung in den Mittelpunkt der Debatte. Auch verbunden mit der Hoffnung, dass die Demokratiedefizite in Bezug auf die KurdInnen und anderen Minderheiten abgebaut oder aber die Meinungsfreiheit durch eine neue Verfassung gestärkt werden. Der Kampf um die neue Verfassung reflektiert quasi den Diskurs in der AKP dominierten Türkei und ist zentral für die zukünftige Entwicklung des Landes. Allerdings erscheint es nach wie vor offen, welche Richtung die Türkei dabei einschlagen wird. In diesem Sinne haben wir Prof. Sancar einen Experten eingeladen, der im Kontext der politischen Entwicklungen im Nahen Osten zur aktuellen Situation in der Türkei nach dem Parteitag der AKP Stellung beziehen wird. Ilker Ataç wird ihn in der Folge eingehend vorstellen.

Ilker Ataç hat in Wien und London Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert. Er hat an der Universität Frankfurt/Main im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften promoviert. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration, Migrationspolitik und türkische Politik. Er ist derzeit Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und ist Mitglied der Forschungsgruppe „Politics of Inclusion and Exclusion“. Seine letzten Veröffentlichungen sind: „Politik der Inklusion und Exklusion“, „Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Die Neuformierung des Neoliberalismus“ und „Politik und Peripherie: Eine politikwissenschaftliche Einführung“. Last but not least ist er Konsulent am VIDC und hat die heutige Veranstaltung wie unsere ganze Reihe zur Türkei kuratiert und zusammen mit mir auf den Weg gebracht.

Bevor ich an Ilker Ataç übergebe noch ein paar logistische Vorbemerkungen von meiner

Seite: Der Vortrag findet in Türkisch und Deutsch mit Simultanübersetzung statt. Die anschließende Diskussion wollen wir, da Herr Sancar bestens deutsch spricht, auf Deutsch durchführen. Ich möchte mich schon an dieser Stelle bei Frau Noisternig, unserer heutigen Dolmetscherin für ihre schwierige Arbeit bedanken, die bei Bedarf auch noch in der Diskussion zur Verfügung steht.



Ilker Ataç: Mithat Sancar ist Professor für Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät der Universität in Ankara. Seine Forschungsschwerpunkte sind Menschenrechte, Demokratisierung, Staats- und Verfassungslehre. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen vorzuweisen und viele Vorträge zu den Themen seiner Forschungsschwerpunkte gehalten. Sein letztes Werk war „Abrechnung mit der Vergangenheit – Von der Vergessenskultur zur Erinnerungskultur“. Zudem publiziert er in zahlreichen türkischen Tageszeitungen, u.a. Taraf und der türkischen Zeitschrift Birikim.

Bevor ich das Wort an Herrn Sancar übergebe, möchte ich eine kurze Einleitung zum Thema des heutigen Abends machen. Wenn Sie an den Geschehnissen in der Türkei näher interessiert sind wissen Sie, dass die Verfassungsfragen immer wieder aktuell sind. Es gibt inzwischen einen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, dass die Verfassung von 1982 als Erbe des Militärputsches ein Hindernis auf dem Weg zu mehr Demokratie darstellt und den gesellschaftlichen Dynamiken in der Türkei gegenwärtig nicht mehr entspricht. In den öffentlichen Debatten wird erneut betont, dass insbesondere im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte eine Modernisierung der Verfassung notwendig ist. Allerdings erscheint es nach wie vor offen, welche Richtung die Türkei zukünftig einschlägt.

Ich möchte in die Runde einige Fragen werfen: Warum bedarf es einer Verfassungsreform? Wie ist die Haltung der politischen und zivilgesellschaftlichen

Akteure in diesem Prozess? Gibt es einen partizipatorischen Reformprozess? Sind die Voraussetzungen für eine demokratische und pluralistische Verfassung gegeben? Welche Rolle spielen europäische und internationale Akteure in diesem Prozess? Wie ist die Verfassungsreform im Kontext der aktuellen politischen Auseinandersetzungen (kurdische Frage, Demokratisierung und Menschenrechte) in der Türkei zu verstehen?



Mithat Sancar: Ich möchte dem VIDC von Herzen danken, dass sie so eine Veranstaltung zuwege gebracht und mich dazu eingeladen haben. Ich freue mich immer wieder darüber in Wien zu sein. Es wurde bereits erwähnt, dass Österreich gegenüber der Türkei ein sehr homogenes Bild und die Neigung hat, diese aus einer bestimmten Perspektive zu sehen. Ich möchte dazu sagen, dass das nicht nur in Österreich der Fall ist. Unter dem Begriff des Orientalismus haben Länder aus dem Westen im Allgemeinen die Neigung ein einheitliches Bild von der Türkei zu haben. Dabei ist es egal, ob sie den mittleren oder fernen Osten des Landes

betrachten. Es gibt aber vielleicht noch einen Faktor, welche die Sichtweise der ÖsterreicherInnen bestimmt. Österreich hat vielleicht auch das Problem ein klares Selbstbild von sich zu geben.

Wenn ich zum Beispiel Österreich und die Türkei vergleiche, sehe ich dabei einige wichtige Punkte. Die Türkei und auch Österreich haben eine gemeinsame Vergangenheit des Imperialismus. Wie Sie wissen, waren sie Zentren der kulturellen Vielfalt und sind Stätten großen kulturellen Reichtums. Natürlich war Wien das Zentrum der Habsburger und kulturell sehr aktiv. Gegen Ende der Monarchie jedoch ist von diesem Bild der Vielfalt leider nicht mehr viel übrig geblieben. Wien ist – so denke ich – immer mehr in sich hinein gekehrt, ist immer mehr versteinert. Seit zwei Tagen bin ich

nun in Wien, ich gehe durch die Gassen und habe dabei ein bestimmtes Bild der Stadt im Kopf. Ich versuche dieses Bild zu rekonstruieren, zu finden. Die letzten 40 bis 50 Jahre der k.u.k. Monarchie hatten eine große Dynamik in der Geschichtsentwicklung, die wirklich einmalig war. Es gab sehr viel Kulturschaffen in dieser Zeit. Ich versuche dieses alte Wien im heutigen zu finden, aber ich sehe es nicht. Mit Wien werden meist Klimt und Mozart verbunden. Es gibt jedoch noch viel mehr Persönlichkeiten, v.a. an der Wende des 19. zum 20. Jahrhunderts. Z.B. Stefan Zweig, den ich versuche als Wiener zu sehen und seine Spuren in der Stadt zu entdecken. Leider bin ich dabei nicht fündig geworden. Rainer Maria Rilke, der zwar kein Wiener war aber sehr oft mit der Stadt in Verbindung gebracht wird, finde ich ebenfalls nicht. Robert Musil und viele andere tauchen nicht im Stadtbild auf. Das ist für mich sehr verwunderlich. Denn Wiens Persönlichkeiten sind nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen wichtig für die Stadt, sondern vom kulturellen Kontext her sehr notwendig. Paul Celan ist einer der wichtigsten Literaten für mich. Ich weiß, er ist ursprünglich Rumäne, doch wenn wir ihn als Teil der ehemaligen, großen Monarchie sehen, in der Wien ihren Mittelpunkt hatte, müsste er in der Stadt präsenter sein.

Ich glaube seit dem Zusammenbruch der Monarchie ist diese kulturelle Vielfalt in Wien nicht mehr gegeben. Bevor Sie mich kritisieren und über mich urteilen wollen, das ist wirklich nur meine Sicht der Dinge. Nach 1938, so glaube ich, hat man systematisch angefangen, sowohl symbolisch als auch auf anderen Wegen, diese kulturelle Vielfalt abzuwürgen. Ich weiß, dass zum Beispiel die jüdische Kultur sehr wichtig für Wien war. Und ich frage mich, was für ein Selbstbild Österreich von sich hat. Vielleicht versucht es von sich ein homogenes Bild zu geben und damit diese kulturelle Vielfalt aus der Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen. All diese Gesellschaften die versuchen kulturelle Vielfalt abzutöten, versuchen in Wahrheit zu versteinern. Ich muss Ihnen sagen, immer wenn ich in Wien bin, bin ich ein bisschen traurig. Ich liebe das kulturelle Wien und Österreich, aber das was noch übrig geblieben ist von all der Vielfalt, das gibt mir wirklich zu denken. Und ich finde über dieses Thema sollten wir alle einmal nachdenken.

Warum ist das aktuell so wichtig? Ich möchte jetzt den Bogen zur Türkei spannen. Die Vergangenheit ist wirklich nie einfach nur Vergangenheit, nicht etwas, das gegangen ist, sondern etwas das uns zeigt was wir richtig oder falsch gemacht haben. Und diese Fehler könnten uns davor bewahren, die gleichen noch einmal zu machen. Die Migrations- und Zivilpolitik in Österreich ist hier wirklich ein wichtiges Thema. Ich weiß das, denn ich verfolge es. Ilker Ataç, Sie haben diesbezüglich viele Forschungsschwerpunkte und Sie erleben ja vor Ort diese Problematik. Natürlich missfällt es mir aus der Ferne ein Urteil darüber zu fällen, aber ich denke, ich kann dennoch eine Meinung abgeben. Wenn nun Österreich weiter seine kulturelle Vielfalt abwürgt, dann denke ich wird sich eine neue rechtsgerichtete Politik formieren und akzentuieren. Und die wird mit der Zeit immer stärker werden bis hin zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen wirklich unerwünschten Thematiken. An denen wird es nie fehlen. Wenn wir nun die Seele und Atmosphäre des politischen und kulturellen Wiens zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wahrnehmen und uns daran erinnern, dann sehen wir, dass die Bedingungen hier im heute noch weiter gehen. Und das ist in der Türkei nicht anders. Warum? Für mich ist dieses Thema sehr wichtig, denn ich möchte die aktuellen Themen in diesen Ländern verstehen. Und um sie verstehen zu können, muss man in die nahe Vergangenheit des Landes zurückblicken. Sie wissen, der Titel meines letzten Buches war „Die Abrechnung mit der Vergangenheit“. Ich bin also sehr interessiert an der Vergangenheit.

Homogene Türkei?

Wenn wir nun in die Türkei schauen gab es nach 1915 das Projekt eine homogene Gesellschaft zu schaffen. Es ist wirklich ein offenes Projekt gewesen. Das Ziel war es, einen homogenen Staat, eine homogene Gesellschaft zu schaffen. Und die Türkei ist nicht erst 1923 gegründet worden, da ist die Republik nur ausgerufen worden. Aber die Weichen zur modernen Türkei sind meines Erachtens schon 1910 gelegt worden. In der Türkei gab es 1910 eine Gesellschaftsschicht, die ArmenierInnen. Im Zuge der Homogenisierung war es wichtig, dass diese Gruppe entfernt werden musste, weil sie ein Hindernis auf diesem Weg waren. Dieser Prozess war gewollt und konstruiert. 1915 ist ein wichtiges Datum in der Türkei. Viele Grundsteine der heutigen Probleme in der

Türkei sind schon damals gelegt worden. Die Homogenisierung 1915 war ein Plan der damaligen politischen Positionen, auch innerhalb der beiden oppositionellen Positionen. Jene die Atatürk gesonnen waren hatten ein anderes Projekt, das sie einige Zeit lang verfolgt haben. Sie wollten mit der Gemeinschaft der KurdInnen einen gemeinsamen Staat gründen. Dass die KurdInnen ins gegenteilige Rampenlicht gerückt sind, ist erst nach 1924 passiert. Davor waren sie Mitbegründer.

Bevor die Republik 1923 gegründet wurde, gab es bereits 1915 im Parlament eine Verfassungsgründung. Diese stand für die kulturelle Vielfalt und die ArmenierInnen waren darin ebenfalls vertreten. Dieses Parlament jedoch war erst bei den Vorarbeiten eine neue Türkei zu gründen. 1921 gab es dann eine weitere Verfassungsgesetzgebung, die nicht allzu viele andere Beispiele in der Welt hat. Es war nämlich eine Verfassung, die nur für eine bestimmte Zeitphase bestimmt war. In ihr ging es darum, dass die Kommunalgesellschaften und ihre Kommunalwahlen gestärkt wurden. Das heißt es war ein Verfassungssystem das nicht zentralistisch war. Diese Art der Verfassung war ein Versprechen von Atatürk an die TürkInnen. Er hat in seinen Reden 1919-1921 immer wieder betont, dass er den Türken die Voraussetzungen geben will, sich selbst regieren zu können. Diese Verfassung hatte das Konzept und Gedankengut von Atatürk aufgenommen und war sein Ergebnis. Seit der Ausrufung der Republik 1923 ist diese Verfassung jedoch nie angewendet worden. Atatürk und seine Mitstreiter, die damals den KurdInnen und TürkInnen das Versprechen gaben, sie werden an der Verfassungsgründung mitbeteiligt sein, sind immer mehr von diesem Standpunkt zurückgewichen. 1923 wurde die Republik ausgerufen und 1924 wurde die erste Verfassung dieser Republik verfasst. Von der Stärkung der Kommunalebene war darin keine Rede mehr. D.h. seit 1924 definiert sich die Türkei als eine homogene Gesellschaft, wird zentralistisch regiert und so ist es bis heute geblieben. 1924 bis 1950 hat nur eine Partei in der Türkei regiert. In Bezug auf die KurdInnen begann eine neue Politik der Assimilation, die in der Zeit nach der Gründung der Republik bis 1960 vehement durchgeführt wurde.

Der andere Schwerpunkt lag bei der Religion. Der Staat versuchte sie unter Kontrolle zu

bringen. Die Republik wurde als türkische und zivil-sunnitisch-islamische ausgerufen. Das war wichtig und im Vordergrund damals. Der Alevismus wurde nicht als Glaubensgemeinschaft anerkannt. Und das ist bis heute so. Die muslimische Glaubensgemeinschaft wurde direkt dem Staate unterstellt, d.h. der Staat hatte immer die Kontrolle über den Glauben. Der Staat wurde noch näher titulierte als ein Staat in dem der Sunnismus im Vordergrund steht. Der Alevismus wurde als Glaubensgemeinschaft bis heute nicht anerkannt.

1960 und 1982 gab es jeweils eine neue Verfassung. Es gab also insgesamt drei Verfassungen, die alle zusammen zwei immer gleich gebliebene Grundsätze inne haben: die Schaffung einer homogenen Gesellschaft und den Laizismus.

Ich möchte Ihnen kurz den Laizismus definieren. Erstens hatte der Staat immer den sunnitischen Glauben unter Kontrolle. Zweitens wurde schon 1924 ein parlamentarisches System anerkannt und 1960 wurde dieses System auch noch mal bestätigt. Die Exekutive gewann immer mehr an Kraft. All diese drei Verfassungen, v.a. die von 1982 hatte ein bestimmtes Konstrukt. Und zwar nicht nur um eine homogene Gesellschaft zu schaffen, die Religion unter Kontrolle zu halten und andere Glaubensrichtungen in die unteren Bedeutungsebenen zu hinterlassen, sondern als Drittes auch die Vormundschaft des Militärs. Das bedeutet, dass das Militär die Zivilgesellschaft immerzu kontrollieren kann. Egal was in der Grundverfassung der Türkei steht, ohne ein OK vom Militär wird es keine Verfassungsänderungen geben. Das heißt also, wenn es um politische Entscheidungen geht, hat das Militär das letzte Wort. Dieses System der Vormundschaft des Militärs bestimmt also neben ihrer Funktion als Exekutive, die Judikative sowie die Gesetzgebung. Das ist natürlich sehr wichtig, um diese Gesetzgebung sicherzustellen.

Warum redet die Türkei jetzt über eine neue Verfassung?

Warum haben wir ein Grundverfassungsproblem? Warum redet die Türkei jetzt über die Verfassung? 1989/1990 ist die Welt nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges in neue Dimensionen aufgebrochen, eine neue Welt ist entstanden. Die Türkei war bei vielen Themen gezwungen, diese Neugestaltung der Welt mit zehn

Jahren Rückstand zu erleben. Das heißt, die Türkei war leider gezwungen erst im Jahr 2000 und danach diese Resonanzen und Konsequenzen zu spüren. Warum? Weil wir in der Verfassung diese drei Säulen und ihre Probleme haben. Die Grundverfassung ist nicht nur ein juristisches Problem, sondern auch eines für die politischen Systeme. Denn diese fußen in der Verfassung. Wenn ich hier also von der Verfassung rede, rede ich nicht einfach nur von einem Büchlein. Ich würde sagen, es ist eine Sache, eine Verfassung neu zu schreiben und eine andere, sie wirklich zu leben.

1990 begann auf der Welt eine Phase der Demokratisierung. Wenn wir nun in dieser Zeit auf die Türkei blicken, war das Militärsystem dem Kalten-Krieg-System angegliedert. Das Ganze entsprach aber nicht dem was sich in der neuen Welt entwickelte. Das bedeutet, die Türkei musste nachziehen. Wir wissen, dass in der Türkei die konservativ-muslimische Gruppe das neue Kapital von Anatolien wurde. Diese Gruppierung wurde dann auf einmal in der Politik immer stärker. Sie haben dann versucht einen Kampf mit der Glaubenssäule in der Türkei zu führen. 1995 gewann die türkische Wohlfahrtspartei über 20 Prozent bei den Wahlen und wurde dann die wichtigste Partei im politischen Milieu. Hinzu kommen die wichtigen Militärputsche vom 27. Mai 1960 und vom 12. September 1982. Seit dieser Zeit versuchte man gegen die muslimisch konservative Seite, die immer stärker wurde, anzukämpfen. Das Militär ging gegen sie vor. Es wurde versucht, dass sich die Wohlfahrtspartei von der Regierung zurückzieht. Die Legislative hat Operationen und Vorgänge ausgeführt, um dies zu erreichen.

Es wurde damals propagiert, dass die Türkei sich in Richtung Scharia bewegt. Die Propaganda begann am 28. Februar 1997 und wurde erstaunlicherweise nur zwei Jahre geführt. In dieser Zeit gab es wichtige Ereignisse: Öcalan wurde festgenommen und an die Türkei übergeben, die PKK hat einen Waffenstillstand angekündigt. Durch diese Ereignisse hat die Türkei vier bis fünf konfliktfreie Jahre erlebt. Die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) hat sich von ihrer Stammpartei der RP (Wohlfahrtspartei) getrennt und kam an die Regierung. Das heißt die Mehrheit der konservativen Muslime wollte an der Regierung teilhaben und sie haben dies auch geschafft. In den Jahren 2002/2003 gab es sehr viele Putschpläne: „Ergenekon“ war

einer dieser Pläne.

In der Zeit zwischen 1923 bis 2000 hat der Staat immer versucht all das zu unterdrücken, was ihm zu gefährlich erschien oder drohte aus dem System zu fallen. Das heißt 80 Jahre lang haben wir eine Dynamik der Unterdrückung in der Gesellschaft gehabt. In dieser Zeit wollten die KurdInnen natürlich nicht verlieren, wollten nicht auf ihre Rechte verzichten. Mit einer politischen Partei versuchten sie an Kraft und Macht zu gewinnen und schafften es auch. Wenn wir heute hinschauen, wird diese „gefährliche“ Gruppe immer stärker. Die andere „gefährliche“ Gruppe – die muslimische – die damals in den 1990er Jahren als zu gefährlich angesehen wurde um zu regieren, die ist nun an der Regierung. Ich möchte Ihnen noch einmal die Realität darstellen. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung ist eine Mannschaft, die versucht die Werte der islamischen Welt weiterzugeben. Eine neue Welt, die diese Traditionen weiter tradiert. Und natürlicherweise möchte ich sagen, die Militärvormundschaft ist noch nicht zu Ende gewesen. Während dieser Vormundschaft wusste die AKP, dass es nicht möglich ist an die Regierung zu kommen. Zwischen 2000 und 2004 gab es dennoch einige Reformen. Diese Reformen waren dahingehend, dass ein erneuter Militärputsch verhindert werden konnte.

Wenn wir heute die Türkei anschauen, wollen sowohl die KurdInnen als auch die Muslime ein Teil von Europa sein. Die KurdInnen möchten in die EU, weil sie die Hoffnung haben, dass dort ihre Rechte noch mehr Gehör finden. Ein wichtiges Ziel war eine neue Verfassung. 2007 hat die AKP die Wahlen zum zweiten Mal und mit einer größeren Mehrheit gewonnen. Nach den Wahlen 2007 haben sie dann eine Gruppe zusammengestellt, die eine neue zivile Grundverfassung erarbeiten sollte. Sie haben das nicht sehr geduldig verfolgt, und sie haben mit diesem Vorhaben auch wenig Unterstützung gefunden. Denn seit den Verhandlungsgesprächen mit der EU im Jahr 2005, hat die AKP angefangen die Bremse bzgl. der Reformen zu ziehen. Trotz der fünf konfliktfreien Jahre gab es keine neuen Reformen, die PKK hat dann nochmal begonnen zu den Waffen zu greifen und wieder den Kampf aufzunehmen.

In dieser Phase ist der Staat nicht wirklich hinter der Erarbeitung einer neuen Grundverfassung gewesen. Die Unterstützung der anderen Gruppierungen in der Türkei fehlte ebenfalls. D.h. die AKP hat diesen Gedanken einer neuen Verfassung zurück gestellt. 2010 haben sie dann doch ein großes Ziel erreicht. Es hat eine Verfassungsänderung gegeben, welche 2010 in einem Referendum angenommen wurden. Die Militärvormundschaft und deren Macht wurden dadurch vehement eingegrenzt. Es hat trotz des Widerstands der Befürworter der alten Verfassung im Referendum viele Befürworter aus der kurdischen Bewegung gegeben. Obwohl die KurdInnen diese Verfassung boykottierten und obwohl sie darin wirklich ausgeblendet wurden, wurden diese Änderungen mit 58% Mehrheit beschlossen. Das war wirklich ein Schlag gegen das Militär. Die AKP hat viele eigene Ziele erreicht und hat die Regierung gestärkt. Als Sozial- und Politikwissenschaftler kann ich sagen, dass es Änderungen in der Verfassung geben muss. Soll die AKP diese Reformbewegungen weiterführen, müssen bestimmte gesellschaftliche Dynamiken vorhanden sein.

Kurdenproblem im Zentrum

Warum ist die Verfassung so wichtig und aktuell momentan? Es ist das Kurdenproblem. Wir müssen herausfinden und darüber reden wie wir dieses Problem lösen. D.h. das Kurdenproblem bestimmt ganz zentral die Themen der Grundverfassungsänderungen. Wie soll dieses Problem nun gelöst werden? Wenn wir zurück zu unserem Thema kommen, nach den Wahlen 2011 hat die AKP nicht die Mehrheit, um Verfassungsänderungen allein durchführen zu können. Sie muss in ein Referendum gehen und das natürlich möglichst in Einklang mit allen vier Parteien. Sie wissen, wir haben die Parteien MHP (türkisch-nationalistisch), CHP (republikanisch), BDP (kurdische Bewegung) und natürlich die AKP. Jetzt wurde eine Kommission gegründet, in der sich 3 Mitglieder aus jeder Partei befinden. Sie sollen sich gemeinsam auf eine Verfassungsgrundlage einigen. Und um eine Verfassung machen zu können, muss aber eine Antwort auf dieses Kurdenproblem gegeben werden.

D.h. was für eine Lösung biete ich dafür grundsätzlich in der Verfassung an? Die MHP hätte eine rassistische Lösung dafür, die BDP eine der kulturellen Freiheiten. Und die AKP dreht sich immer nach der Lösung, wo momentan der meiste Wind weht, d.h. das

ändert sich ständig und richtet sich nach den politischen Gegebenheiten. Die CHP möchte das alte System immer noch bewahren, d.h. die kemalistische, moderne und nationalistische Idee. Ein Großteil der Mitglieder aus dieser Partei sind nach wie vor für diese Idee. Denis Baykal – ehemaliger Vorsitzender der CHP – hat abgedankt. Laut ihm war die CHP nicht flexibel genug, um sich den aktuellen Begebenheiten anzupassen. Sie waren in der Kurdenfrage ziemlich abweisend. Denis Baykal wollte, dass sie sich von dieser harten, abweisenden Linie entfernen. Es ist nicht mehr so wie früher, als die CHP der Hardliner gegenüber den KurdInnen gewesen ist. Heute ist sie eine Partei die eher pro-kurdisch ist, sich für sie einsetzt und viele Rechte der KurdInnen in den Vordergrund rückt.

Welche Politik macht nun die AKP? Bzgl. des Kurdenproblems möchten sie den Kurden bestimmte Rechte geben und auch auf der kommunalen Ebene bestimmte Rechte veranlassen. Damit sind kollektive Rechte, wie die Erziehung in der Muttersprache (Kurdisch) gemeint. D.h. sie möchten so eine Art Zwischenlösung schaffen. Wie wollen wir aber die Muttersprache auf lokaler Ebene erlauben, wenn es kein Recht auf muttersprachlichen Unterricht gibt? Das geht nicht. Das geht nur, wenn ich Kurdisch als Wahlfach anbiete. D.h. sie sind momentan nicht bereit die Identitätsrechte als Kollektivrechte anzuerkennen. Sondern sie möchten kleine, individuelle Rechte geben, um die Kurden ein bisschen zufriedenzustellen. Momentan geht es auch darum, auf lokaler Ebene den Regierungen mehr Rechte zu geben. Wenn es jedoch um Zivilrechte geht, das wird ihnen einfach nicht genehmigt. Wichtig ist natürlich: Was wollen die KurdInnen selbst? Und was sind sie gewillt anzunehmen? Das sollten wir noch näher betrachten. Es gibt eine kurdische Bewegung in der Türkei und zwar nicht nur die der PKK. In den Gefängnissen gibt es Hungerstreiks, auf der politischen Ebene findet man einige Konfliktebenen, wenn es um die KurdInnen geht. Es gibt terroristische Anschläge, auch auf der kurdischen Seite. Die BDP – die Partei der Demokratie und des Friedens – hat im Parlament vehement betont, dass sie eine Linie befolgen und nicht abweichen werden. Und zwar möchten sie in ihrer eigenen Muttersprache erzogen werden und auch darin Unterricht haben. Sie möchten kulturelle Rechte haben mit denen sie den TürkInnen gleichgestellt werden. Wie kann nun das Gleichgewicht hergestellt werden?

Ich glaube in der nächsten Phase wird sich das heraus kristallisieren.

Erdoğan hat den Wunsch 2014 zum Staatsoberhaupt der Türkei gewählt zu werden. Beim letzten Parteikongress hat er noch mal ein deutliches Signal in diese Richtung gesetzt. Aber er möchte das nicht nur mit den eingeschränkten Rechten eines Staatsoberhauptes, wie es sie jetzt gibt. Nein, er möchte mehr Rechte haben. Ich glaube, er gibt jetzt diese Botschaft: „Seid geduldig bis 2014, wir haben noch ein paar Jahre bis dorthin. Wenn ich 2014 tatsächlich Staatsoberhaupt werde, werde ich dieses Problem lösen. Ich weiß es gibt diese nationalistische Ader in der Türkei. Wenn ich Staatsoberhaupt werde, werde ich die muslimisch-konservative Linie und ihre traditionellen Motive bewahren. Bleibt bei den Wahlen hinter mir. Ich möchte euch wirklich als Kurden mehr Rechte geben. Ich möchte diese Probleme lösen.“ Aber ich glaube, dass der Staat vor 2014 wichtige Entscheidungen treffen muss, da kommen wir einfach nicht umhin. Ob das nun mit Alliierten in der MHP und der AKP geschieht – wenn sie sich zusammenfinden und eine Entscheidung treffen – oder ob das mit einer weiteren Erpressungspolitik entschieden wird – was sehr gefährlich für die Türkei wäre – wird sich noch zeigen. Ich glaube wirklich, dass das Kurdenproblem mit einem friedlichen und demokratischen Ansatz gelöst werden kann. Denn sonst wird es in der Türkei sehr hart zugehen, und es wird sicherlich zu vielen Konflikten kommen. Oder die Türkei wird in die andere Richtung gehen und es wird eine Politik des gegenseitigen Dialoges und der Verhandlungen geben. Beides ist möglich. Ich weiß nicht welchen Weg die Türkei jetzt einschlagen wird, ich kann da keine Prophezeiung machen.

Diskussion:



Ilker Atac: Besten Dank für den interessanten und umfassenden Vortrag. Ich möchte nachfragen: Sie haben die drei Säulen, den Laizismus, den Nationalismus und die Rolle des Militärs als konstituierendes Element des Kemalismus beschrieben. Nach 2002 gab es

unter der AKP-Regierung diesbezüglich Umbrüche. Wie schätzen Sie den Reformkurs der AKP ein? Versucht die AKP, was Sie als homogene Gesellschaft beschrieben haben, zu brechen?

Mithat Sancar: Ich glaube es gab in meiner Rede schon Ansätze hinsichtlich dieser Frage. Aber trotzdem kann ich jetzt eine kurze Zusammenfassung bezüglich dieser Frage machen. Ich bin der Meinung, dass die politischen Prozesse nicht nach Intention der politischen Akteure bewertet werden können, sondern nach den gesellschaftlichen und politischen Faktoren. Diese sollen als Dynamiken begriffen werden. D.h. also nicht die Intention der Akteure, sondern die Wirkungen und Folgen sind bestimmend für mich. Natürlich sind die Intentionen nicht total unwichtig, sie sind aber nur ein Faktor von vielen. Die AKP ist gezwungen demokratische Reformen zu machen. Die Kreise die von der AKP vertreten wurden, wollten sich ja irgendwie in die Mitte des Systems bringen und sich dort einen Teil der Macht erobern. Und das ist ganz legitim. Jede gesellschaftliche Gruppe, die eine mehr oder weniger große ökonomische Macht erreicht, will auch einen Teil der politischen Macht haben. Das ist ganz klar von der historischen Dialektik her ersichtlich. Für mich ist das die Grundthese des Marxismus und auch der gesellschaftlichen Theorien. Die AKP war schon Anfang 2002 bereit für einen Kompromiss mit den etablierten Machthabern – also dem Militär und der Justiz – und hat entsprechende Signale gesendet. Aber diese Machtzentren wollten das nicht, haben es entschieden abgelehnt. Die Partei war am Anfang nicht so radikal gegen das alte System – das Ancien Régime sozusagen – doch Tag für Tag haben die alten

Machteliten die AKP immer mehr dorthin gebracht. D.h. was wir jetzt bei den Ergenekon- und Balyoz-Prozessen beobachten sind Symbole oder kleine Teile der damaligen Machteliten. Ab dem Jahre 2002 gab es innerhalb des Militärs immer wieder Juntas, die unbedingt eine Putsch machen wollten. Sie wollten nicht die Macht mit den neuen Eliten teilen. Was sollte die AKP machen? Einen bewaffneten Kampf führen? So was gibt es in der Tradition der Islamisten nicht. Und es ist sowieso nicht plausibel, weil sie eine so große gesellschaftliche Unterstützung haben. Sie haben eine große Basis in der Gesellschaft und sind dann politisch recht klug vorgegangen. Sie haben leise und ohne viel Theater drum herum Maßnahmen getroffen, damit sie keine Opfer eines neuen Putsches werden. Als Beispiel der letzte Versuch im Jahr 2007. Da wollte das Verfassungsgericht quasi einen Justizputsch machen. Sie hat die Wahl des neuen Staatspräsidenten verhindert und nebenbei bemerkt, das war absolut verfassungswidrig. Sofort danach hat der Generalstabschef eine Erklärung auf der Internetseite des Generalstabes veröffentlicht, die ganz klar eine Bedrohung für die AKP darstellte. Die AKP hat sofort entschieden die Wahlen durchzuführen. Sie haben dabei einen großen Sprung auf 45% der WählerInnenstimmen gemacht, im Gegensatz zu den 34% bei der letzten Wahl im Jahr 2002. Damals haben sie klar erkannt und auch deutlich gemacht, dass sie mit Kompromissen mit den alten Machthabern nicht siegen können. Deswegen hatten sie auch das Ziel der EU-Mitgliedschaft. Nicht, dass die AKP unbedingt Vollmitglied der EU sein wollte. Es ist für mich auch in Ordnung, dass man den Beitritt in die EU als eine Demokratisierungshilfe für innere Entwicklungen braucht. D.h. nicht missbraucht, sondern benützt. Die AKP hat das gemacht bis sie ihre Macht zum Großteil etabliert hat. Das ist auch verständlich, wenn man von ihrer Seite her die Entwicklungen bewertet. Der Reformprozess wurde nur um der Demokratie willen durchgeführt.

Diese Demokratisierung war für sie ein guter Weg um sich gegen die großen Bedrohungen zu wehren. Die AKP steht natürlich in der Tradition der islamistischen Politik in der Türkei. Der Islamismus, die islamistische Politik in der Türkei war nie gegen den Nationalismus geimpft. D.h. fast alle politischen Strömungen in der Türkei – ob links oder rechts, liberal oder nationalistisch – sind in irgendeiner Weise von der Idee des Nationalismus mehr oder weniger angetan. Es gibt keine Strömung, die vom

Nationalismus des Kemalismus nicht beeinflusst worden ist. Auch die Islamisten natürlich.



Publikum: Ich würde gerne etwas über die Minderheiten wissen, die weniger bekannt sind in der Türkei. Und wer steht wirklich hinter einer neuen Verfassung?

Mithat Sancar: Die Gesellschaft hat sich in den letzten zehn Jahren stark verändert. D.h. es ist eine Umbruchzeit, und wie in all

diesen Zeiten ändern sich auch die Gesellschaftsordnungen und -balancen. Innerhalb der konservativen Bevölkerungsgruppe gibt es auch jetzt – wie weit kann ich nicht einschätzen – mehr Pluralismus. In anderen Teilen der Bevölkerung auch. Keine Gruppe ist homogen. Man darf auch nicht von einer homogenen Politik und Vertretung der KurdInnen sprechen. Genauso wenig wie von den homogenen Vertretern der IslamistInnen. Natürlich gab es inzwischen auch innerhalb der islamistischen Politik allgemeine Änderungen mit demokratischem Charakter. Mehr demokratische Strukturen haben sich jetzt entwickelt bzw. gebildet. Nicht nur innerhalb der Konservativen, sondern auch bei den KurdInnen, AlevitInnen und anderen Gruppen. Es ist nicht mehr einfach, dass eine Partei oder eine Mehrheitsregierung alles durchsetzt was sie möchte. Es war früher – also zumindest in den letzten 20 Jahren – einfacher für die Machteliten ihre Pläne durchzusetzen. Sie konnten einheitlich vorgehen. Alle Teile des Staates konnten auch bei bestimmten Fragen ganz leicht Einigkeit finden. Jetzt ist das nicht mehr so. Auch innerhalb der AKP und der Regierung kann man nicht mehr von Einstimmigkeit sprechen. Deswegen ist es wichtig gegen die Verschwörungstheorien wachsam zu bleiben.

Eine neue Verfassung kann ohne die Zustimmung der neuen Elite und der kurdischen, politischen Vertretung nicht zustande kommen. Also: ohne AKP gibt es keine neue Verfassung. Trotz der KurdInnen kann keine Verfassung im echten Sinne entstehen.

Man kann eine neue Verfassung schreiben, aber sie wird nicht neu sein. Historisch gesehen bedeutet Verfassung, einen neuen Anfang machen wollen. So ist das. Also, warum macht eine Gesellschaft eine neue Verfassung? Weil sie bei bestimmten Themen oder Problemen einen neuen Anfang machen will. Wenn eine neu geschriebene Verfassung das alte System im Wesentlichen wiederholt und weiterführt, dann ist diese Verfassung nicht neu. In zwei wichtigen Punkten gibt es schon Erneuerung, wie ich bereits gesagt habe. Aber die Frage der Religionsfreiheit ist noch nicht entschieden. Was wird mit den AlevitInnen geschehen? Natürlich sprechen wir vermehrt von den KurdInnen und der kurdischen Sprache. Es gibt aber noch andere Minderheiten und das heißt, wenn ich von Sprachrechten rede, meine ich nicht nur Kurdisch. Ich meine also alle Minderheiten und alle sollten die gleichen Rechte auf Ausbildungsmöglichkeiten in der eigenen Muttersprache haben. Man kann auch ein geeignetes System dafür finden. Es gibt reichlich viele Modelle auf der Welt, sowohl praktisch als auch theoretisch. Die Türkei und ihre Gesellschaft haben im Allgemeinen von den Diskussionen und Kämpfen der letzten 20 Jahre viel gelernt. Wenn die jetzigen Machteliten in Kompromiss mit den demokratischen Kräften und Kurden eine neue Verfassung machen wollen, dann kann diese Verfassung nur neu sein, wenn man im Wesentlichen die alte ändert. Die jetzige Verfassung verbietet Sprachrechte. Artikel 42 sagt ganz klar: „Kein türkischer Staatsangehöriger darf eine andere Sprache als Türkisch als Muttersprache lernen.“ Das ist natürlich komplizierter formuliert, aber wenn ich es in einfacher Sprache übersetzen soll, heißt es im Prinzip: Die Muttersprache aller Staatsangehöriger der Türkei ist Türkisch. Vor fünf Jahren hat man Reformen gemacht. Zum Beispiel wurden Sprachkurse auf Kurdisch zugelassen. Aber was stand im Gesetz? Die Kurden sollten Kurdisch als Fremdsprache lernen. Und das Gesetz das diese Möglichkeit zugelassen hatte, hieß: „Erlernen der fremden Sprache usw.“

Die Definition der Staatsangehörigkeit ist eine wichtige Diskussionsfrage. Ganz klar werden alle Staatsangehörigen als TürklInnen bezeichnet. Ein wichtiger Streitpunkt bei den Verfassungsdebatten im Parlament, im Ausschuss ist dieser Artikel. Wie soll man das denn neu formulieren? Kein Bezug auf ethnische Angehörigkeit, sondern auf gleiche Staatsbürgerschaft. Und offen für alle ethnischen oder religiösen Identitäten,

also für die Herkunft. Die Verfassungen haben auch Seelen. Wir wissen, einer der wichtigsten Gründer der Rechtssoziologie und auch allgemein der Soziologie ist der Franzose Charles de Montesquieu. Sein Buch heißt „Geist der Gesetze“. Jede Verfassung hat einen Geist und der Geist der jetzigen Verfassung widerspricht den Forderungen für eine auf Gleichheit beruhende Staatsangehörigkeit. Widerspricht der Forderung nach Pluralität, eines auf Menschenrechten basierenden politischen Systems.

Publikum: Während Ihrer Rede haben Sie gesagt, dass das Kurdenproblem eines der größten Probleme in der Türkei ist. Und, dass nachdem Öcalan festgenommen und in die Türkei gebracht wurde, fünf Jahre Waffenstillstand geherrscht hat. Das erscheint mir so, als wenn die KurdInnen nicht ihre Rechte kriegen, sie in den Terrorismus überwechseln. Wenn ich keine juristischen Wege mehr habe, ist es dann legal, wenn ich aufgrund der Menschenrechte den Weg des Terrorismus gehe? Ich möchte auch noch eine weitere Frage stellen: Sie haben gesagt, 1915 sind die ArmenierInnen umgebracht worden. 1921 gab es dann die neue Grundverfassung in der Türkei. Was hat sich von 1915 – 21 denn geändert, dass es in der Verfassung eine grundsätzliche Änderung gegeben hat? Dass die Armenier in dieser Verfassung auch Platz gefunden haben? Sie haben über die drei Grundsäulen gesprochen – den Laizismus zum Beispiel. Wann hat denn bitte der Laizismus in der türkischen Verfassung Platz gefunden? Da stand ja noch 1924, dass der Grundglaube der Islam ist. Wann war der Laizismus wirklich in der Verfassung drin?

Mithat Sancar: Vielen Dank für diese Fragen. Ich glaube, manche von diesen Themen müssen wir ein bisschen näher erläutern. 1921 wurden die ArmenierInnen nicht in der Verfassung erwähnt. Zu der Zeit war der Parlamentarismus stark in der Verfassung drin. Das Zweite war, dass auf der Kommunalebene die Kommunalführungskräfte mehr Macht bekommen haben. Außerdem haben ArmenierInnen, KurdInnen und andere ethnische Gruppierungen in der Verfassung 1921 nichts zu suchen gehabt. 1923 war die Gründung des neuen Parlaments der Republik. Ob es Vertreter von diesen ethnischen Gruppierungen im Parlament gab – zum Beispiel von den ArmenierInnen –

kann ich Ihnen nicht so genau sagen. Kann sein, dass es auch schon damals einen armenisch stämmigen Vertreter im Parlament gegeben hat. Das weiß ich nicht. Was in der Zeit nach 1915 mit den ArmenierInnen geschehen ist, ist klar: Glauben Sie vielleicht, dass ich nicht an den Genozid der Armenier glaube? Sie wissen, 1918 am Ende des Ersten Weltkrieges gab es einige Vertreter der Osmanen im Parlament. Die wurden von den Siegermächten verurteilt. D.h. nicht alle ArmenierInnen sind umgebracht worden. Es wurde bei einem Teil von ihnen veranlasst, dass sie wieder in die Türkei zurückkehren konnten. Viele ArmenierInnen – zum Beispiel in Istanbul – sind nicht weg gewesen. Und diese Minderheit, die noch im Land geblieben ist oder zurück ins Land gekommen ist, die waren natürlich bei der Gründung der Türkischen Republik auch mit dabei. Nachdem die Türkei nach dem Ersten Weltkrieg auf der Seite der Verlierer war, haben die ArmenierInnen eine Dynamik ins Land eingebracht und haben versucht unter den Nationen eine Gerichtsbarkeit stattfinden zu lassen. Ich weiß aber nicht, ob es in der ersten republikanischen Gründung 1923 in diesem Parlament Armenier gegeben hat oder nicht. Aber ich zweifle nicht daran, dass es einen Genozid an den ArmenierInnen gegeben hat.

Zweitens, der Laizismus ist nicht ein Teil des Juristischen, des Rechts. Es tut mir leid, vielleicht bin zu akademisch gewesen. Ich habe Ihnen die drei Säulen der Verfassung erläutert, aber nicht was explizit geschrieben steht. Ich habe über die drei Verfassungen von 1924, 1960 und 1982 und ihren drei Säulen geredet. Sie wissen, der Staat wollte den Islam kontrollieren. Der Islam wurde aber in seiner sunnitischen Erscheinung trotzdem im Vordergrund gehalten. Und diese Haltungsweise hat sich bis 1937 überhaupt nicht geändert. So wie der laizistische Grundsatz gesetzt wurde, der Grund dafür musste geschaffen werden. Ich wiederhole mich nochmal. Der Islam in seiner sunnitischen Ausprägung musste im Vordergrund sein und Teil der Identität des Staates und seiner StaatsbürgerInnen sein. Dadurch konnte einerseits der Islam ausgeweitet werden. Andererseits konnte der Staat dadurch einheitlich alle unter Kontrolle halten.

Drittens, das kurdische Problem. Meine liebe Kollegin, ich habe Sie vielleicht wirklich dazu verführt, dass Sie mich falsch verstanden haben. Ich habe Ihnen nur versucht

folgendes zu erklären. 2005 kam es zur Entwaffnung und zu einer konfliktfreien Zeit. Nachdem die Türkei zuvor fünf Jahre lang schwere Konflikte auszuhalten hatte, kam sie in eine Phase in der es überhaupt keinen Konfliktzustand gegeben hat. In der Zeit hat es Reformen gegeben. Reformen bzgl. der Mitgliedschaft in die EU, Öcalan ist in die Türkei gebracht worden, es gab keine Berliner Mauer mehr. Dadurch, dass es keinen Krieg mehr zwischen der PKK und den TürklInnen gegeben hat, war die Basis geschaffen worden, Reformen durchführen zu können. Wenn es einen Waffenstillstand gibt, dann sind Reformen möglich. Ich bin immer einer der ersten gewesen, der für einen Gewaltstopp eingetreten ist. Ich war immer ein Gegner der Gewalt.